

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.02.2014 Drucksache 17/631

Antrag

der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Inge Aures, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD

Frauenquote in Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Konzept mit Zeit- und Zielvorgaben vorzulegen, wie die Frauenquote in den Vorständen, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern erhöht werden kann.

Begründung:

Jüngste Zahlen aus dem Beteiligungsbericht des Freistaats Bayern für das Jahr 2013 zeigen, dass im Jahr 2012 insgesamt nur 13 Frauen in Vorstands- bzw. Geschäftsführerpositionen in Beteiligungsunternehmen des Freistaats Bayern tätig waren. Das entspricht einer Frauenquote von nur 11,2 Prozent. Von insgesamt 133 vom Freistaat in die Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen entsandten Vertretern waren im Jahr 2012 nur 18 Frauen (Quote: 13,5 Prozent).

Damit liegt der Anteil von Frauen in Führungspositionen auch in Unternehmen, auf die der Freistaat einen direkten Einfluss hat, weit unter dem Anteil der erwerbstätigen Frauen. Der Freistaat wird damit seiner Aufgabe, ein gutes Beispiel für die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu geben, in keinster Weise gerecht.

Demgegenüber haben sich CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag "Deutschlands Zukunft gestalten" auf eine Geschlechterquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte von börsennotierten und mitbestimmungspflichtigen Unternehmen, die ab 2016 neu besetzt werden, geeinigt. In Norwegen müssen seit 2008 alle börsennotierten Unternehmen mindestens 40 Prozent ihrer Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt haben. Eingeführt wurde die gesetzliche Regelung im Jahr 2003: Binnen fünf Jahren stieg der Frauenanteil in den Führungsetagen der norwegischen börsennotierten Unternehmen von 9 auf die geforderten 40 Prozent.

Die Quote allein für Aufsichtsgremien ist allerdings zu kurz gedacht, denn dadurch gelangen Frauen nicht an die wirklich entscheidenden Positionen von Unternehmen. Ein Gesetzentwurf auf EU-Ebene beinhaltet deshalb eine Quote von 40 Prozent, die auch die Vorstände umfasst. Untersuchungen haben gezeigt: Unternehmen mit vielen Frauen im Top-Management arbeiten überdurchschnittlich rentabel. In gemischten Teams entstehen nachweislich mehr Diskussionen und mehr Ideen. Um die Diskussionskultur zu ändern, reicht allerdings eine Alibi-Frau nicht aus. Die Forscher empfehlen daher eine Quote von mindestens 30 Prozent.